

Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 90

Leo IX., Gerold, Werner – Donnerstag, 19. April 2018 – Philipp Melanchthon

1,50 € / B 4428 A

LOKALES

Die Radlsaison beginnt: Was Experten zur Helmpflicht sagen **23**

BAYERN

Betrüger bringt Frauen dazu, sich gefährliche Stromschläge zuzufügen **9**

DIE SEITE DREI

Scheibe zerbricht auf Flug: Frau wird fast aus der Maschine gesogen

WIRTSCHAFT

Betrugsverdacht: Ermittler untersuchen Standorte von Porsche **7**

SPORT

FC Bayern wie im Rausch: „Paradiesischer Zustand“, sagt Boss Rummenigge **35**

Mit Tarifeinigung neue Streiks vom Tisch

Potsdam. (dpa) Nach der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst auf insgesamt 7,5 Prozent höhere Einkommen sind weitere Streiks vom Tisch. Der neue Tarifvertrag für die 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen soll rückwirkend zum 1. März beginnen und eine Laufzeit von 30 Monaten haben. Dies teilten die Verhandlungsführer nach dreitägigem Ringen am frühen Mittwochmorgen in Potsdam mit. Die drei Erhöhungen machen 3,19 Prozent rückwirkend zum 1. März 2018 aus, zum 1. April 2019 dann 3,09 Prozent und zum 1. März 2020 weitere 1,06 Prozent. Für die unteren Einkommen gibt es eine Einmalzahlung von 250 Euro.

► Seite 5/Kommentar Seite 2





Spezialkräfte der Bundespolizei nehmen eine Verdächtige fest. Foto: dpa

Rotlicht-Razzia: Mehr als 100 Festnahmen

Frankfurt. (dpa) Mit einer Großrazzia hat die Bundespolizei ein Netzwerk im Schlepper- und Rotlichtmilieu zerschlagen. Mehr als 1500 Beamte durchsuchten Mittwochfrüh zeitgleich 62 Bordelle, Büros und Wohnungen in zwölf Bundesländern, berichtete die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt. Dabei vollstreckten die Beamten sieben Haftbefehle, mehr als 100 Menschen wurden vorläufig festgenommen. Hauptbeschuldigte in dem Verfahren sind eine 59-jährige Thailänderin und ihr deutscher Lebensgefährte. ► Seite 3

WETTER

Heute	Morgen
	
25 8	27 12

Ausführliches Wetter ► Seite 12

Rätsel ► Seite 10

TV-Programm ► Seite 44

Kindernachrichten ► Seite 34

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 0871/8502510



Vertriebsservice • 0871/8502410

Söder gibt Milliarden für Familien aus

Ministerpräsident will Förderung bündeln – Tausende neue Stellen – Opposition kritisiert Kosten

München. (dpa/hal) Mit einem milliardenteuren Paket für Familien und Pflegende und Tausenden neuen Stellen will Bayerns Ministerpräsident Markus Söder die absolute Mehrheit der CSU im Landtag verteidigen. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl am 14. Oktober kündigte Söder in seiner ersten Regierungserklärung unter anderem ein neues bayerisches Familiengeld an: Eltern ein- und zweijähriger Kinder sollen schon ab September 250 Euro pro Monat und Kind vom Freistaat bekommen, ab dem dritten Kind soll es sogar 300 Euro geben.

Insgesamt kündigte Söder noch für dieses Jahr einen weiteren Nachtragshaushalt mit Mehrausgaben von einer Milliarde Euro an – die sich in den kommenden Jahren fortsetzen werden. Die Opposition konterte, ein dicker Geldbeutel sei kein Garant für gute Politik.

Bereits vom Kabinett beschlossen ist ein neues Landespflegegeld: Pflegebedürftige ab dem zweiten Pflegegrad sollen künftig 1000 Euro jährlich bekommen. Zudem versprach Söder Tausende neuer Polizei-, Justiz- und Lehrerstellen, unter anderem noch einmal 2000 zusätzliche Stellen an den Schulen.

Das Familiengeld soll unabhängig vom Einkommen gezahlt werden und unabhängig davon, ob das Kind eine Krippe besucht oder nicht. Es soll das bisherige bayerische Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld ablösen. Die Mehrkosten sollen bei rund 400 Millionen Euro pro Jahr liegen. Das Landespflegegeld kostet ebenfalls 400 Millionen Euro.

Söder bekräftigte in dem Zusammenhang den Plan einer eigenen bayerischen Eigenheimzulage von



Markus Söder kündigt noch heuer Mehrausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro an. Foto: dpa

einmalig 10000 Euro und einer Aufstockung des vom Bund geplanten Baukindergelds um nochmals 300 Euro jährlich. Die geplante staatliche Wohnungsbaugesellschaft, für deren Aufbau nun doch die Eon-Aktien des Freistaats verkauft werden sollen, soll bis zum Jahr 2025 10000 Wohnungen neu bauen.

„Bayern-Sprit“ aus Straubing

SPD-Landeschefin Natascha Kohnen machte Söder und die Staatsregierung für die Wohnungsnot in vielen Kommunen mitverantwortlich. Im Freistaat werde viel zu wenig gebaut, „und das ist Ihre ne-

gative Bilanz“, sagte sie. Freiwähler-Fraktionschef Hubert Aiwanger warf Söder eine unseriöse Politik vor. „Die CSU will für jedes ihrer Versäumnisse der letzten Jahre eine neue Behörde gründen – mit einem neuen Wasserkopf – anstatt die Probleme gezielt zu lösen“, sagte er. Söders Lösungsansätze seien aber nur „Showeffekte“, kritisierte Aiwanger. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann hielt Söder vor, unangenehme Debatten zu vermeiden. „Gute Politik braucht Mut und Haltung, für alles andere gibt es die Visakarte von Söder“, spottete er.

Ostbayern tauchte in Söders Regierungserklärung mehrmals auf:

So soll die Region bei der Entwicklung moderner Treibstoffe für Verbrennungsmotoren eine Vorreiterrolle spielen. Der Ministerpräsident wörtlich: „In Straubing werden wir ein Zentrum aufbauen, um sauberen Bayern-Sprit zu entwickeln.“

Außerdem kündigte Söder die Gründung eines außeruniversitären Forschungsinstituts für neue Immun- und Infektionskrankheiten in Regensburg an. In Amberg soll zudem ein Landesamt für Pflege eingerichtet werden. Von dort aus werden laut Söder die Pflegemaßnahmen im Freistaat koordiniert. An der Donau soll ein begehrtes Donauaquarium entstehen. ► Seite 5

Die „großen Prediger des Friedens“

Ausstellung im Landratsamt mahnt an Ersten Weltkrieg und Folgen bis heute

Landshut. (es) „14/18 Mitten in Europa“ lautet der Titel einer Ausstellung, mit der der Volksbund Deutsche Kriegsgräber exakt 100 Jahre nach dem Ende des Völkermordens im 1. Weltkrieg an das namenlose Leid erinnert, das Millionen Menschen im Krieg, aber auch an der „Heimatfront“ erlitten haben.

Die Ausstellung, die bis 27. April im Foyer des Landratsamts Landshut zu sehen ist, wirft aber auch Schlaglichter darauf, dass viele aktuelle politische Verhältnisse sowie Krisen und Kriege, auf dem Balkan wie in Nahost, mittelbare, manchmal direkte Folgen des 1. Weltkriegs sind.

Dies haben auch stellvertretender Landrat Fritz Wittmann und Maximilian Fügen, Bildungsreferent des Volksbundes aus München, bei der Eröffnung der Ausstellung hervorgehoben. Wittmann sagte, dass der 1. Weltkrieg möglich wurde, weil



Bei der Ausstellungseröffnung: (v.l.) Vizelandrat Fritz Wittmann sowie Maximilian Fügen und Walter Stierstorfer vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge. Foto: es

die Kraft der zentralen Idee zu schwach geworden sei, dass Politik mit dem Verstand zu machen und Konflikte durch Diskurs und Kompromisse zu lösen sind. Kompromis-

se seien allen, die von Böswilligkeit, Überlegenheits-Dünkel, von ideologischem und religiösem Fanatismus erfüllt sind, absolut verhasst – damals wie heute.

Toter bei Prügelei: An eigenem Blut erstickt

Passau. (ta) Der bei einer Schlägerei in Passau getötete Jugendliche ist an seinem eigenen Blut erstickt. Das hat die Obduktion des Leichnams ergeben, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte. Eine natürliche Todesursache aufgrund einer Vorerkrankung liege nicht vor. Der 15-Jährige habe Faustschläge gegen Kopf und Oberkörper erlitten und sei in den Schwitzkasten genommen worden, sagte Oberstaatsanwalt Walter Feiler. Waffen oder Fußtritte seien nicht im Spiel gewesen.

Fünf Tatverdächtige sind noch am Dienstag dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Passau vorgeführt worden. Dieser erließ Haftbefehle gegen vier Beteiligte sowie einen Unterbringungsbefehl gegen einen 14-Jährigen. Der Tatvorwurf lautet auf Körperverletzung mit Todesfolge. Die fünf hätten sich bisher nicht näher zur Tat geäußert, sagte Feiler. Zahlreiche weitere junge Leute beobachteten die Schlägerei. Unklar sei noch, ob sie die Szenen gefilmt haben. ► Seite 10